

**Stellungnahme der *CDU*-Gemeinderatsfraktion  
zum Haushaltsentwurf für das Jahr 2011**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Altenberger,  
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

eine gute Haushaltspolitik gründet zu allererst auf Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit. Ein tragfähiger Haushalt muss den Prinzipien von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit entsprechen.

Eine verantwortungsvolle und der Nachhaltigkeit verpflichtete Politik von heute bewahrt für die Generationen nach uns Gestaltungsspielräume: Schulden von heute müssen von unseren Kindern beglichen werden. Deshalb gibt es zu dem in unserer Gemeinde bereits vor Jahren bewusst eingeschlagenen Weg einer soliden Haushaltspolitik keine Alternativen.

Der „Rohstoff“ unseres Landes sind seit jeher die Köpfe der Menschen, die hier leben: Ihr Geist und Erfindungsreichtum sowie ihre Innovationsfähigkeit sind es, auf die wir unseren Wohlstand gründen. Darum gibt es für die Zukunft kein anderes Thema, das so zentral ist wie Bildung und Ausbildung. Bildung fängt in den Kindergärten an. Hier investieren wir in zwei zukunftsfähige Kinderhäuser, die in der Umgebung Ihresgleichen suchen. Entsprechendes gilt auch für unsere Schulen, wo wir ständig dabei sind, den Anforderungen in Gestalt ansprechender und nicht lediglich zweckmäßiger Ausstattung gerecht zu werden. Aktuell erwähnt sei in diesem Zusammenhang der anstehende Erweiterungsbau an der Haldenschule.

Wer etwas bewegen will, darf sich nicht mit dem Erreichten von gestern zufrieden geben. Politisches Handeln muss nach den gegenwärtigen Gegebenheiten ausgerichtet sein und hat mit Leben erfüllt zu werden. Dies haben wir in der Vergangenheit unter Beweis gestellt. Neben den bereits erwähnten Kinderhäusern und den Schulhauserweiterungen seien hier – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – vor allem die in den vergangenen Jahren angestoßenen Großprojekte Bürgerhaus, Glockenkelter sowie die anstehende Komplettanierung des Hallenbades genannt.

Es ist festzuhalten, dass wir momentan die größten und vermutlich auch die weitreichendsten Investitionen tätigen, die in dieser Gemeinde jemals durchgeführt worden sind. Zählt man die aktuellen und projektierten Investitionen im Hoch- und Tiefbau zusammen, so werden wir insgesamt bald 26,5 Millionen Euro investiert haben. Der Personalkostenanstieg vom letzten Jahr auf dieses Jahr, der eine halbe Million Euro ausmacht, ist dabei noch gar nicht berücksichtigt. Halten wir uns in diesem Zusammenhang auch vor Augen, dass im Zeitraum 2009 bis zum Jahr 2013 die Jahrespersonalkosten von 6,2 Millionen Euro auf 7,8 Millionen Euro ansteigen werden. Dies ist ein Anstieg von 20 Prozent in fünf Jahren!

In den vergangenen Haushaltsjahren wurde uns stets der Eindruck vermittelt, dass wir uns auf einer satten Rücklage gebettet fühlen dürfen. Doch wenn wir uns dieser Rücklage nunmehr - bei Lichte betrachtet - zuwenden, fällt auf, dass sie von 18,5 Millionen Euro im Jahr 2009 auf 6,4 Millionen Euro im Jahr 2013 zurück gehen wird. Bei diesen Zahlen sind aber z.B. die Kosten für ein notwendiges Regenrückhaltebecken, die Zusammenlegung der Kläranlagen oder für die aus dem Sportentwicklungsplan resultierenden Investitionen noch gar nicht enthalten!

Wir alle haben uns in den letzten Jahren vor dem Hintergrund gefüllter Kassen dazu verleiten lassen, sehr schnell sehr viel Geld zu investieren. Ein wesentlicher Faktor war der Ausbau der Kinderbetreuung. Diese ist politisch gewollt, zieht aber neben den Unterhaltungskosten auch hohe zusätzliche Personalkosten nach sich. Wir können stolz auf unsere Kinderbetreuung sein und wir brauchen uns nicht vorhalten lassen, wir würden zu wenig für unsere Kinder tun!

Neben den unausweichlichen, weil vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Pflichtaufgaben sind jedoch auch viele Freiwilligkeitsleistungen aufgelaufen, die gerade in Zeiten von umgekehrten Zuführungsraten zum Verwaltungshaushalt auf den Prüfstand gestellt werden müssen. In dieser Forderung stehen wir gemeinsam mit den auch aus anderen Fraktionen erhobenen Stimmen, die eine transparente Aufstellung der Freiwilligkeitsleistungen verlangen!

Was bedeuten die getätigten Ausgaben für uns als Kommune und welche Folgen werden sie für künftige Haushalte haben? Wir haben in Zeiten, in denen es der Wirtschaft nicht gut ging, sehr viel Geld ausgegeben. Dies war aktive Wirtschaftsförderung. Aber wir haben auch einen hohen Preis dafür zu zahlen.

Nicht nur die Unterhaltungskosten für diese Bauwerke müssen wir in Zukunft erwirtschaften, sondern erheblich mehr! Ab dem Jahr 2016 greift das neue kommunale Haushalts-

recht, und die Kommune muss für ihre Investitionen - wie jedes Privatunternehmen auch - die entsprechenden Abschreibungen erwirtschaften.

Vor dem Hintergrund der wesentlichen Unterschiede zwischen dem seitherigen, in seinem Wesen noch aus dem 18. Jahrhundert stammenden kameralistischen System und der modernen betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten folgenden sogen. *Doppik* wird sich die Umstellung erwartungsgemäß schwierig gestalten. Wir hoffen, dass dieser Umstand bei allen Verantwortungsträgern hinreichend bekannt ist, wissen aber unser Kassenwesen bei unserem Kämmerer in den allerbesten Händen.

Konkret stellt sich die Frage, wie substanzielle finanzielle Erträge aus Straßen, von Kindergärten, Versammlungsstätten wie der Glockenkelter oder etwa dem Bürgerhaus erwirtschaftet werden sollen? Dass dies nicht im notwendigen Umfang möglich ist, wird jeder nachvollziehen können.

So bedeuten allein die vorgenannten Investitionen, dass im Verwaltungshaushalt jedes Jahr rund 800 000 Euro an Abschreibungen zusätzlich erbracht werden müssen. Daraus folgt, dass eine weitere Quersubvention aus Steuergeldern unumgänglich sein wird. Da die auf diesem Wege akquirierten Einnahmen schon bisher nur bei optimalen wirtschaftlichen Verhältnissen ausreichen, um den Haushalt auszugleichen, wird der Druck die Grundsteuern und die Gewerbesteuer zu erhöhen oder Konzessionsabgaben für die Nutzung der Infrastruktur zu erheben (was wir im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger nach wie vor ablehnen) künftig noch deutlich zunehmen! Dieser Wahrheit offen und ehrlich ins Auge zu blicken, mag zwar unangenehm sein, ist aber zwingend und von existenzieller Bedeutung.

Wir fordern die Verwaltungsspitze hiermit ausdrücklich auf, Ihre bislang noch auf dem alten Haushaltsrecht beruhenden Prognosen – vor allem im Hinblick auf die Rücklage als dem über viele Jahrzehnte angesparte Tafelsilber – mit der Doppik abzugleichen und dem Gemeinderat und der Bürgerschaft endlich transparente Prognosen zu geben!

Aus der Vergangenheit wissen wir nur zu gut, dass schon kleinste Schwankungen in der Steuerkraft und bei den Zuweisungen den Griff in die Rücklage notwendig machen. Dies funktioniert jedoch nur so lange, wie dort noch Mittel vorhanden sind. Sobald die Rücklage abgeschmolzen ist, beginnt wieder das Zeitalter des Unangenehmen: Streichungen, Kürzungen, Sparen oder – wie schon einmal – die Schließung von Kinderspielplätzen dürften Begriffe sein, die unsere Debatten dann wieder beherrschen werden...

Im Sinne von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit werden wir als Gemeinde bereits mit dem heutigen Tag – und nicht erst mit dem Inkrafttreten des neuen Haushaltsrechts – dazu gezwungen, unternehmerisch zu handeln und zu denken. Da wir die Ausgaben schon wesentlich für die nächsten Jahre festgeschrieben haben und die Steuern nicht beliebig erhöht werden können, werden wir nicht umhin kommen, uns neue Einnahmequellen zu erschließen. Dies könnte aus heutiger Sicht möglicherweise die Übernahme des Strom- und Gasnetzes sein. Dabei könnten sich zusammen mit unseren Nachbarkommunen und einem Dienstleistungspartner finanziell interessante Perspektiven auftun. Natürlich muss dies noch sorgfältig geprüft und analysiert werden. Weil in den vergangenen Tagen in der Öffentlichkeit diesbezüglich Irritationen aufgekommen sind, möchten wir klarstellen, dass eine Vorentscheidung hier noch längst nicht gefallen ist, auch nicht im Sinne einer Netzübernahme. Dies wäre schon deshalb töricht, weil noch nicht einmal bekannt ist, wie sich die Partnerkommunen weiter verhalten werden. Wir können Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, beruhigen. Die CDU-Fraktion und mit ihr das gesamte Gremium sind sich ihrer Verantwortung sehr wohl bewusst!

Neben der Freude über die attraktiven Investitionen und den damit einhergehenden neuen Standards dürfen wir eben nicht vergessen, dass wir – und die uns nachfolgenden Generationen - dafür noch lange dafür zahlen werden. Auch hier ist sich die CDU-Fraktion ihrer Verantwortung bewusst!

Die derzeitige Ausgaben- und Investitionspolitik der Verwaltungsspitze betrachten wir deshalb mit gesteigerter Aufmerksamkeit. Betrachtet man die eingereichten Haushaltsanträge, so fällt auf, dass sich der Gemeinderat mit Forderungen und Investitionen weitgehend zurückhält. Gleichzeitig wartet die Gemeindeverwaltung mit immer neuen und größeren Forderungen auf. So müssen nachzeitigem Sachstand 613.000 Euro an überplanmäßigen Ausgaben im Vermögenshaushalt eingestellt werden, die so nicht vorgesehen waren. Entschuldbar sind die erhöhten Kosten für die Straßenmaßnahmen und die damit verbundene Auswechslung defekter Kanalstrecken von 200.000 €, aber alle anderen Maßnahmen, wie Pflanzbeete auf dem Parkdeck in der Karlstraße oder die Außenanlagenenerweiterung an der Glockenkelter wurden ohne vorherige Beratung in den Fachausschüssen in den Planansatz eingestellt. Dies darf einer sorgsam arbeitenden Verwaltung nicht passieren...

Wir fordern die Verwaltung nachdrücklich auf, die Kostenkontrolle zu optimieren! Der Gemeinderat wird vor vollendete Tatsachen gestellt und es entsteht zu Recht der Eindruck, dass wir als Gemeinderäte nur noch „abnicken“ sollen. Das muss sich in Zukunft wieder ändern. Der Gemeinderat gibt die Richtung vor und wir müssen in diesem Zu-

sammenhang unsere Forderung aus der letzten Haushaltsrede wiederholen: Wir benötigen wieder eine regelmäßig tagende Haushaltsstrukturkommission!

Freilich waren uns die oben angesprochenen – und allseits bekannten - finanziellen Belastungen schon früher bekannt, konnten aber erst in diesem Jahr mit den konkreteren Zahlen untermauert werden. Wir dürfen vor den zu bewältigenden Aufgaben nicht abtauchen, sonst werden wir in Zukunft noch ganz andere Schwierigkeiten bekommen.

Für die konstruktive Zusammenarbeit im zurückliegenden Jahr möchten wir uns bei den Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates bedanken. Wir danken zudem Ihnen, Herr Bürgermeister Altenberger, sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit und insbesondere unserem Kämmerer Achim Heberle für den verantwortungsbewussten Umgang mit den Finanzen unserer Gemeinde.

Kernen i.R., 3. März 2011

**Dr. Volker Borck**

für die Mitglieder der CDU-Fraktion

*Es gilt das gesprochene Wort!*